

IN ALLER KÜRZE

Bekanntnis zu Messerangriff

Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) beansprucht die Verantwortung für das Tötungsdelikt unter der Kennedybrücke. Dort war am Abend des 16. Oktober ein 16-Jähriger mit mehreren Messerstichen getötet worden. Eine 15-Jährige wurde in die Alster gestoßen. Die „Nachrichtenagentur“ des IS, Amak, teilte in der Nacht zum Sonntag mit, ein „Soldat des Islamischen Staats“ habe die beiden Jugendlichen angegriffen. (taz) Der Tag SEITE 2

Demo gegen Erdoğan

Gegen die Festnahme des demokratisch gewählten kurdischen Bürgermeisters durch das türkische Militär haben am Samstag 1.000 Menschen, darunter viele KurdInnen, in der Innenstadt demonstriert. Sie bezeichneten den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan als „Faschisten“ und sein Regime als „Staatsterrorismus“. (taz)

Preis für Sozialprojekt in Kirchdorf-Süd

Das Projekt „gemeinsam Kirchdorf-Süd“ bekommt morgen den mit 10.000 Euro dotierten Holger-Casens-Preis der Patriotischen Gesellschaft. Es stärke

den sozialen Zusammenhalt im Viertel und erhöhe die Teilhabe aller Generationen an der Gestaltung des Stadtteilens, begründete die Jury ihre Entscheidung. Das Projekt richtet sich an die knapp 6.000 Einwohner der Hochhausiedlung Kirchdorf-Süd. Ziel ist, die Kommunikation und Beteiligung von Angehörigen unterschiedlicher Gruppen der Wohnbevölkerung zu erhöhen. Die Preisverleihung findet im Haus der Patriotischen Gesellschaft statt. (epd)

Apell für Flüchtlinge

Eine Hamburger Initiative hat von Senat und Bürgerschaft dazu aufgefordert, mehr Flüchtlinge anzunehmen. In einem offenen Brief, überschrieben mit „Hamburg hat Platz“, forderte sie die Aufnahme von 1.000 Menschen, die derzeit in Griechenland gestrandet seien. Dort harren nach der Schließung der „Balkanroute“ rund 60.000 Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen aus. Zu den ersten Unterstützern gehören unter anderem der Flüchtlingsrat Hamburg und die Anwohner-Initiative Jenfeld. (taz)

Internet: <https://weact.compact.de/petitions/hamburg-hat-platz>

HEUTE IN HAMBURG

„Wir sind kritisch-konstruktiv“

NATURFERN Zu seinem 20. Geburtstag will der Zukunftsrat eine neue Strategie für die Stadt

taz: Herr Menzel, als sich der Zukunftsrat 1996 gründete, wollten Sie die Stadt nachhaltiger machen. Was hat sich seither getan?

Hans-Joachim Menzel: In Hamburg haben wirtschaftliche Interessen ein großes Gewicht, die Handelskammer ist bedeutend. Nehmen wir das Beispiel Hafencity: Zwar ist die Nutzung alter Hafendockflächen für einen neuen Stadtteil nachhaltig, Defizite gibt es aber beim Verkehr, der sozialen Durchmischung der Bewohner und der Naturferne.

Apropos Ferne: Wo kommt hier der Zukunftsrat ins Spiel?

Wir arbeiten kritisch-konstruktiv mit der Verwaltung zusammen – etwa beim Leitbild Wachsende Stadt. Bei der Olympiabewerbung haben wir vor dem Referendum auf die Risiken und die Nachhaltigkeitsmängel des IOC aufmerksam gemacht, aber gleichzeitig für den Fall eines Jas am Nachhaltigkeitskonzept der Bewerbung mitgearbeitet.

Warum bedarf es für Nachhaltigkeit immer noch einer eigenen Organisation?

Das Thema Nachhaltigkeit ist keine alleinige Angelegenheit des Staates. Die Zivilgesellschaft und ihre Nichtregierungsorganisationen müssen mitgestalten. Der Zukunftsrat ist hier ein Dachverband und ein Forum mit großem Netzwerk.

Das heißt dann aber auch, dass der Zukunftsrat stark von der Wirtschaft abhängig ist.

Das Problem ist eher theoretisch. Die Mitglieder wählen einmal im Jahr das Leitungsgre-

mium des Zukunftsrats, halten sich aber aus der konkreten inhaltlichen Arbeit weitestgehend heraus.

Wenn sich die Mitglieder nicht für Sie interessieren: Muss man dann nicht von einer „Jame duck“ sprechen?

Wieso? Die inhaltliche Arbeit – die Projekte, Lobbyarbeit, Veranstaltungen und Stellungnahmen – die wird ja gemacht. Wir haben freie Hand bei den Projekten – und die Mitglieder sind zufrieden, durch ihr finanzielles Zutun ein Teil davon zu sein.

Welche Projekte stehen denn an?

Die Umsetzung der UNO-Nachhaltigkeitsziele, die auch beim G20-Treffen im nächsten Jahr in Hamburg Thema sein werden. Wir wollen eine systematische Nachhaltigkeitsstrategie für Hamburg. Auch der Klimaschutz bleibt Daueraufgabe, hat der Senat sich doch weitgehend von 40-Prozent-Reduktionsziel bis 2020 verabschiedet.

INTERVIEW: DJO

■ „20 Jahre Zukunftsrat Hamburg“: 18 Uhr, Uni Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, Westflügel, Raum 221

Hans-Joachim Menzel

■ 67, ist stellvertretender Sprecher des Zukunftsrates. Er ist Mitvergeber des Nachhaltigkeitsberichts.



Foto: privat

Missklang am Beckenrand

WILLI-BREDEL-GESELLSCHAFT Bäderland hat der Ohlsdorfer Geschichtswerkstatt Räume gekündigt. Die hofft, nachdem eine Alternative platze, auf eine Vertragsverlängerung

VON PETRA SCHELLEN

Die Willi-Bredel-Gesellschaft hat Angst vor Obdachlosigkeit. Die könnte im Januar 2017 eintreten, denn der städtische Vermieter Bäderland hat der Geschichtswerkstatt, die seit 23 Jahren im alten Eingangsgebäude des Ohlsdorfer Schwimmbads residiert, zum 31. Dezember die Räume gekündigt.

Allerdings nicht explizit der Bredel-Gesellschaft, die auch die letzten NS-Zwangsarbeiterbaracken in Fuhsbüttel vor dem Abriss rettete und als Museum betreibt. Bäderland hat im Zuge des Schwimmbad-Neubaus vielmehr dem offiziellen Vertragspartner gekündigt: dem Förderverein Grüner Grund 1, in dem alle Mieter des Gebäudes organisiert sind. Dazu zählen neben der Bredel-Gesellschaft der Hamburger Schwimmclub (HSC), die Beschäftigungsgesellschaft Mook Wat und der Veranstalter Grüner Saal e. V.

Wobei es zunächst so aussah, als würde Bäderland die Räume des HSC und der Bredel-Gesellschaft künftig nicht brauchen und sei zu Zugeständnissen bereit. „Bäderland nimmt den dringenden Wunsch der Teilmietei HSC und Willi Bredel Gesellschaft zur Kenntnis, zum 1. 1. 2017 das Angebot eines neuen Einzelmietvertrags zu erhalten“, steht in einem Schreiben vom 15. Juni.

Dann allerdings wird es kompliziert: Denn während der Schwimmclub zügig über einen Folgevertrag verhandelte, äußern sich die Vorstandsmitglieder der Bredel-Gesellschaft widersprüchlich. Fest steht, dass sich das Bezirksamt Nord verpflichtet, die Bredel-Gesellschaft – mit 15.000 Euro jährlich gefördert – bei der Suche nach preisgünstigen Alternativen zu unterstützen. Sicher ist auch, dass es bald ein Angebot am Ratsmühlendamm gab, das der Vorstandsvorsitzende Hans Matthaei laut Vereinskollegen besichtigt haben soll. Matthaei selbst kann sich auf taz-Anfrage aber nicht erinnern, wann er welche Räume anschaute.



Bald ungenutzt: der alte Ohlsdorfer Bad-Eingang, erbaut 1922 Foto: René Seneniko

Vermutlich war es im September, denn am 13. Oktober schrieb Bäderland der Bredel-Gesellschaft, dass die alten Räume „leider nicht mehr für eine Vermietung zur Verfügung stehen“. Dort sei Gastronomie geplant, sagt Sprecher Michael Diemel. „Außerdem hatten wir gehört, dass die Bredel-Gesellschaft andere Räume in Aussicht hat.“ Eine offizielle Absage, gegründet auf Hörensagen: ein kurioser Vorgang.

Noch kurioser: Am selben Tag tagte die Bezirksversammlung Nord, auf der sich laut Senatsdrucksache herausstellte, dass

Die Willi-Bredel-Gesellschaft

■ **Benannt** hat sich die Geschichtswerkstatt nach dem sozialistisch-realistischen Schriftsteller Willi Bredel (1901–1964).

Wegen seiner KPD-Mitgliedschaft hielt ihn das NS-Regime 1933/34 im KZ Fuhsbüttel fest. Bredels Band „Die Prüfung“ (1934) war der erste international beachtete Roman über ein deutsches KZ.

■ **Entstanden** ist die Gesellschaft 1988 aus einer Bürgerinitiative für die Einrichtung einer Gedenkstätte im Torhaus des einstigen KZ Fuhsbüttel. Sie betreibt ein Archiv zur Regionalgeschichte, zum antifaschistischen Widerstand, zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie zum Werk Bredels.

■ **Wichtige Etappe** war 1988 der Erwerb der letzten originalgetreu erhaltenen Zwangsarbeiterbaracken Hamburgs. Darin ist eine Dauerausstellung eingerichtet.

für die Räume am Ratsmühlendamm „ein anderer Interessent den Zuschlag erhalten hat“. Insider behaupten aber, dass die Bredel-Gesellschaft die Räume abgelehnt habe.

Eine Gemengelage, so dissonant wie das Verhältnis von Vermieter und Mieter: Oft hatte die Bredel-Gesellschaft in den letzten Jahren gegen den Verkauf des Ohlsdorfer Freibads durch Bäderland protestiert, hatte ihre Schaukästen mit Protestnoten bestückt. Diese Unbotmäßigkeit könnte zur aktuellen Missstimmung beigetragen haben.

Infolge des öffentlichen Drucks und einer Unterschriftenliste, die die Bredel-Gesellschaft an die Kulturbehörde gab, ist inzwischen aber Land in Sicht: Bäderland hat der Bredel-Gesellschaft Gespräche über eine mehrmonatige Zwischenlösung in den alten Räumen angeboten.

Die CONTAINERISIERUNG DER STADT SCHREITET VORAN. DAS BITTERE: IN DEN NEUEN CONTAINERN LEBEN MENSCHEN

Die Hülle der Rechtlosen

Manche Entwicklungen schreiben sich leise und kontinuierlich in Alltag ein und sind irgendwann so präsent, dass sie gar nicht mehr auffallen. Eine dieser Entwicklungen ist die Verbreitung von Containern im öffentlichen Raum. Lange standen die Container vor allem im Hafen. Mittlerweile gibt es sie überall. Statt Waren beinhalten sie heute Menschen. Kürzlich hat die Sozialbehörde angekündigt, dass an einer Ausfallstraße in Schnelsen Anfang 2017 ein weiteres Containerdorf für Flüchtlinge entstehen soll – diesmal geht es um 168 Plätze.

In Niendorf wurde gerade neben der Landebahn des Flughafens ein „Ausreisegewahrsam“ eröffnet, in dem bis zu 20 Menschen bis zu ihrer Abschiebung festgesetzt werden können. Das Container-Ensemble ist mit Stacheldraht eingezäunt, der Zaun erhebt sich direkt hinter einem

tiefer gelegten Bach. Das Ganze sieht aus wie ein Gefängnis mit Burggraben.

Container stehen am nördlichen Stadtrand auch auf Schulhöfen, weil die Schulgebäude zu klein geworden sind. Sie stehen neben der Verheißungskirche und bieten Obdachlosen ein Winterquartier. Sie stehen neben der Autobahn 7, die eine kilometerlange Großbaustelle ist und sie stehen auf dem Recycling-Hof.

Container sind nicht nur schnell aufgestellt, sie sind auch schnell wieder weg. Im Bereich der Flüchtlingspolitik sollte der Container früher Flüchtlingen und Anwohnern vermitteln. Das hier ist nur vorübergehend, „vorübergehend“ kann heute auch heißen: jahrelang.

Container sind ein Akt bürokratischer Effizienz: Menschen werden wegorganisiert wie die Ware, die sonst in Containern auf Schiffe verfrachtet wird. Der

AM RAND

KLAUS IRLER

Foto: privat



Kulturwissenschaftler Alexander Klose schreibt, der Container nivelliere die Menschen, „indem er sie seinem Auftrag gemäß als Material umhüllt. Sein indifferentes Hülle-Sein raubt ihnen jede Signifikanz. Man könnte auch sagen, er beraubt sie ihrer Rechte als Angehörige einer bestimmten Gattung, Gruppe et cetera. Deswegen findet im Container als nacktem Behälter das nackte Leben des Flüchtlings seine ideale Umhüllung: Er ist eine Behausung für Rechtlose.“

Aus Sicht von Behörden und der Kirche ist der Container immer noch eine bessere Behausung als das Zelt, der leer geräumte Baumarkt oder die Brü-

cke. Kann man den Container auch positiv sehen? Der Architekturtheoretiker Dieter Hoffmann-Axthelm bezeichnet den Container als „eine Art Urhütte“, nutzbar für die städtische Entwicklung und durch seine Leere ausgestattet mit einem „Sog des Möglichen“. Tatsächlich lässt sich einem Container, eigenschaftslos, wie er ist, mit wenigen Handgriffen eine individuelle Note geben.

Die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben im Container ist, dass jeder Bewohner genügend Platz hat. In der Realität der Erstaufnahmeeinrichtungen aber ist der Container oft eine bis auf den letzten Quadratmeter ausgenutzte Massenunterkunft, die über längere Zeit kaum zu ertragen ist.

Es gibt Flüchtlinge, die einen leeren Baumarkt einem Containerdorf vorziehen würden, wenn sie etwas zu sagen hätten. Haben sie aber nicht.